

Stadt Heidelberg  
Dezernat I, Kämmereiamt

**Information über den Verlauf der  
Haushaltswirtschaft 2007 zum 20.06.2007  
gemäß § 28 E-GemHVO**

## Beschlussvorlage

**Beschlusslauf**

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 01. August 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	11.07.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	25.07.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderats:*

*Auf Basis des Berichts über den Verlauf des Haushaltsjahres 2007 wird die vom Gemeinderat zusammen mit der Verabschiedung des Haushalts beschlossene Haushaltssperre i. H. v. 1 Mio. € aufgehoben.*

## **Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.07.2007**

**Ergebnis:** Zustimmung zur Beschlussempfehlung  
Enthaltung 1

## **Sitzung des Gemeinderates vom 25.07.2007**

**Ergebnis:** beschlossen

## I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1	+	<b>Solide Haushaltswirtschaft</b> <b>Begründung:</b> Mit der Information gemeinderätlicher Gremien über den Verlauf der Haushaltswirtschaft sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass den gemeinderätlichen Gremien bei allen ihren Entscheidungen die aktuelle finanzielle Gesamtsituation der Stadtverwaltung Heidelberg ausreichend bekannt ist. Die Kenntnis über die aktuelle finanzielle Lage der Stadt verhilft dazu, bei allen Entscheidungen die finanziellen Konsequenzen dieser Entscheidungen auch im Hinblick auf eine dauerhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt zu bewerten.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



## II. Begründung:

Die Verwaltung erstellt gemäß § 28 E-GemHVO unterjährig Berichte über den Verlauf der Haushaltswirtschaft und deren voraussichtliche Entwicklung. Diese Berichte sind die Basis für den Gemeinderat, die Haushaltswirtschaft zu steuern und über finanzwirtschaftliche Maßnahmen wie z. B. die Beibehaltung oder Aufhebung von Haushaltssperren zu entscheiden. Außerdem dienen sie als Orientierungshilfe für Sachentscheidungen, die finanzielle Konsequenzen mit sich bringen.

### 1. Ausgangssituation

Am 03.05.2007 hat der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2007 / 2008 beschlossen.

Im **Ergebnishaushalt 2007** übersteigen die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen, so dass die Ausgleichsvorschriften für den Ergebnishaushalt erfüllt werden konnten. Wie in den Vorjahren enthält auch der Haushaltsplan 2007 eine **Haushaltssperre** zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und zum Ausgleich unerwarteter Haushaltsbelastungen. Die Haushaltssperre beträgt 1,0 Mio. € und betrifft die Bereiche Personal- und Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Sonstige ordentliche Aufwendungen.

Im **Finanzhaushalt 2007** ist vorgesehen, zur Finanzierung der Investitionstätigkeit Kredite i. H. v. 25,8 Mio. € neu aufzunehmen.

## 2. Aktuelle Prognose (Stand 20.06.2007)

Zum Stand 20.06.2007 haben wir eine erste Prognose über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2007 erstellt. Danach ergibt sich im Ergebnis ein positives Bild:

Höhere Einnahmen erwarten wir durch die positive Konjunktorentwicklung sowohl bei der **Einkommensteuer** (plus knapp 2,0 Mio. € gegenüber dem Planansatz von 45,5 Mio. €) als auch bei den **Schlüsselzuweisungen** (plus rund 5,0 Mio. € gegenüber dem Planansatz von 81,6 Mio. €). Hier hat das Land nach der Mai-Steuerschätzung die Orientierungswerte aus dem Haushaltserlass fortgeschrieben, insbesondere hat es den Grundkopfbetrag für die Bemessung der Schlüsselzuweisungen von bisher 766 € auf 784 € angehoben.

Ebenfalls leicht über dem Planansatz liegt der Prognosewert für die Grunderwerbsteuer (plus 1 Mio. € gegenüber dem Planansatz von 7,0 Mio. €).

Auch die **Gewerbsteuererträge** liegen leicht über dem Planansatz von 56,0 Mio. €, doch war bei der Gewerbesteuerumlage noch eine Nachzahlung für das Vorjahr zu leisten, die die erwarteten Mehrerträge bei der Gewerbesteuer aufzehrt.

Den vorgenannten Verbesserungen stehen geringere Einnahmeerwartungen im **Gebühren- und Entgeltbereich** gegenüber. Davon betroffen ist insbesondere der Bereich „Abfallwirtschaft“ mit Mindereinnahmen von rund 1,0 Mio. €.

Bei allen weiteren Haushaltspositionen des Ergebnishaushalts sind zum jetzigen Zeitpunkt keine größeren Verschiebungen erkennbar. **Somit ergibt sich aktuell eine Verbesserung von insgesamt rund 7,0 Mio. €** Bei der Bewertung dieses Zwischenergebnisses ist zu beachten, dass der Prognosewert bei der Gewerbesteuer – wie auch in den Vorjahren – mit gewissen Risiken behaftet ist. Gerade in Verbindung mit Steuerprüfungen ist es immer wieder möglich, dass Rückzahlungen für Vorjahre zu leisten sind; gerade bei den sog. Zerlegungsfällen ist dies aber für uns im Einzelfall nicht absehbar. Trotz dieses Risikos schätzen wir die derzeitige Haushaltslage aber für so belastbar ein, dass wir **vorschlagen, die Haushaltssperre von 1 Mio. € aufzuheben**. Bei einer möglichen Schlechterentwicklung verbleibt dem Oberbürgermeister nach wie vor die Möglichkeit, über die Bewirtschaftungssperren, die wir unterjährig stufenweise lockern, steuernd einzugreifen.

Die mittelfristige Finanzplanung enthält eine Vielzahl bedeutender Investitionen, deren Realisierung einen deutlichen Anstieg der Verschuldung auslöst. Diese Entwicklung war bei der Haushaltsberatung und -verabschiedung aus der Mitte des Gemeinderats heraus mit Sorge betrachtet und intensiv diskutiert worden.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat inzwischen unseren Haushaltsplan 2007/2008 genehmigt. Dabei hat es in seinem Genehmigungsschreiben die mittelfristige Entwicklung der Schulden ebenfalls aufgegriffen und angemerkt, dass die Stadt zur Verbesserung der Finanzierungsverhältnisse bei den Investitionen und zur Abmilderung des kontinuierlichen Anstiegs der Schuldendienstbelastungen für die Erwirtschaftung zusätzlicher Zahlungsmittel aus der laufenden Verwaltungstätigkeit Sorge tragen solle.

**Daher sollten die nun erwarteten Mehrerträge zur Absicherung der Investitionstätigkeit für die Schuldenbegrenzung eingesetzt werden.**

Nach der Sommerpause werden wir den Gemeinderat auf Basis einer aktualisierten Prognose erneut über den Verlauf der Haushaltswirtschaft informieren.

gez.

Dr. Eckart Würzner